



B E S C H L U S S

aus der 22. Sitzung
des Haupt - und Finanzausschusses
am Mittwoch, 24.04.2024

Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2024

2.5 Erneute Beratung und Beschlussfassung über die Interkommunale Zusammenarbeit (Antrag der SPD-Fraktion) VL-39/2024

Die SPD-Fraktion erläutern ihren Antrag wie folgt:

„Die Stadtverordneten der Stadtverordnetenversammlung beschlossen am 14.02.2023 mehrheitlich die Ablehnung der „Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Bad Karlshafen, Trendelburg und Liebenau. Die Städte Bad Karlshafen und Trendelburg haben die „Tür“ für einen evtl. Wiedereinstieg unserer Stadt nicht komplett geschlossen.

In der Zwischenzeit haben sich aber massive Veränderungen ergeben, die sich nicht zu Gunsten der Stadt Liebenau ausgewirkt haben. Es gibt personelle Engpässe, auf mehrere Runden von Stellenausschreibungen gab es teilweise keine geeigneten BewerberInnen. Die Aufgabenerfüllung seitens der Stadt Liebenau ist aus unserer Sicht massiv gefährdet und es muss kurzfristig und mittelfristig Abhilfe geschaffen werden. Ebenfalls haben sich, was aber auch abzusehen war, die finanziellen Rahmenbedingungen massiv verschlechtert. Der Haushalt würde für 2024 ein Defizit von knapp 800.000,00 € ausweisen, wenn wir nicht die Grundsteuer A und B um voraussichtlich jeweils 250 Punkte anheben und die Hundesteuer massiv erhöhen würden. Ebenfalls spielt hier die neue notwendige Stelle im Bereich der Finanzen mit rein. Diese hätte man sich mit einer IKZ im Vorfeld durchaus sparen können. Auch alle Bereiche der Stadt Liebenau haben sich nochmals intensiv mit dem Thema Kosteneinsparungen bemüht und teilweise Erfolge verbucht.

Die zuvor genannten und noch viele weitere Gründe haben uns dazu bewogen, sich mit dem Thema IKZ nochmals intensiv zu befassen und wir bitten darum, den folgenden Beschluss zu fassen (wir beantragen bereits hiermit die **namentliche Abstimmung**):“

Finanzierung:

Beschluss:

a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das Thema Interkommunale Zusammenarbeit wieder zu aktivieren und bekräftigt Ihren Willen zu einer Interkommunalen Zusammenarbeit, - Grundsatzbeschluss –

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschluss:

b) Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat/den Bürgermeister Gespräche mit den Städten Bad Karlshafen und Trendelburg zu führen, um wieder in das Projekt Interkommunale Zusammenarbeit einzusteigen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschluss:

c) Ergibt sich aus b), dass eine Interkommunale Zusammenarbeit wieder/weiterhin möglich ist, so sind die entsprechend notwendigen Vereinbarungen/Verträge vorzubereiten und umzusetzen. Hierbei sollen alle Bereiche der beteiligten Kommunen berücksichtigt werden, jedoch mit höchster Priorität der Bereich Finanzen/Kasse. Ebenfalls sollen alle Möglichkeiten zur Förderung eines solchen Projektes geprüft und abgerufen werden. Sind hierfür Leistungen eines externen Dienstleisters notwendig, so wird der Magistrat ebenfalls ermächtigt diese Leistungen auszuschreiben/zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimme(n), 5 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschluss:

d) Der Magistrat wird gebeten alle notwendigen Schritte (z.B. Bereitstellung von eventuell notwendigen Haushaltsmitteln und die hier noch nicht aufgezählten aber notwendigen Angelegenheiten) einzuleiten, um die zuvor genannten Punkte umzusetzen. Ebenfalls wird der Magistrat gebeten, regelmäßig in diesem Gremium über den Fortschritt zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimme(n), 5 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)